

# AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 2/JUNI 2018

## LATEINAMERIKA

Aktivistinnen ermordet  
Gewalt gegen Frauen

## AFRIKA

„Brustbügeln - eine  
schmerzhaft Praxis

## EUROPA

Rhetorik des Hasses  
Sparpolitik trifft Arme

NETZWERK FRAUENRECHTE



AMNESTY  
INTERNATIONAL





WEB  
<http://frauenrechte.amnesty.at>

E-MAIL  
[frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)  
FACEBOOK  
[amnestynetzwerkfrauenrechte](https://www.facebook.com/amnestynetzwerkfrauenrechte)  
TWITTER  
[@AIFrauenrechte](https://twitter.com/AIFrauenrechte)

SPENDENKONTO  
BIC: GIBAATWWXXX  
IBAN: AT142011100000316326  
lautend auf  
AMNESTY INTERNATIONAL  
ÖSTERREICH  
Verwendungszweck  
NETZWERK FRAUENRECHTE

*Spenden an Amnesty sind  
steuerlich absetzbar*

## Liebe Unterstützer\*innen! Liebe Amnesty-Freund\*innen!

In dieser Ausgabe blicken wir besonders nach **Lateinamerika**. Zwei tragische Fälle verlangen nach besonderer Aufmerksamkeit: Am 14. März dieses Jahres wurde die Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco in Brasilien brutal ermordet. Wenn ihr Tod ungesühnt bleibt, setzt dies ein verheerendes Zeichen. Bereits zwei Jahre zurück liegt die Ermordung von Berta Cáceres in Honduras. Aber auch der Tod der Umweltaktivistin ist noch immer nicht aufgeklärt. Unterstützen Sie uns und fordern Sie Gerechtigkeit für Marielle und Berta!

In **Argentinien** protestieren Frauen gegen Gewalt und Machismus. Statistisch gesehen wird dort alle 30 Stunden eine Frau ermordet, es wird bereits von einem regelrechten Femizid gesprochen. Auch das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung muss gestärkt werden, nicht nur in Argentinien. So hat El Salvador noch immer eines der strengsten Gesetze zu Schwangerschaftsabbruch, das einem totalen Verbot gleichkommt, selbst im Fall von Vergewaltigung, Inzest oder bei tödlichen Missbildungen des Fötus.

Während es gegen Genitalverstümmelung zunehmend Initiativen gibt, ist die schmerzhafteste Praxis des „**Brustbügelns**“ hier noch weitgehend unbekannt. Es wird vor allem in Kamerun praktiziert. Die Brüste heranwachsender Mädchen werden mit heißen Steinen oder Küchengeräten „gebügelt“, um ihr Wachstum zu verlangsamen. Das Argument dahinter: Die Mädchen sollen vor sexuellen Übergriffen geschützt werden. Dahinter steckt dasselbe verdrehte Denken wie bei „Victim Blaming“ und Zwangsverschleierung: Frauen und Mädchen bekommen die Verantwortung aufgebürdet, durch ihr Verhalten und ihre Kleidung keine sexuelle Aufmerksamkeit zu erregen. „Brustbügelns“ kann dabei ernste Folgen haben, bis hin zu späteren Problemen beim Stillen, erhöhtem Krebsrisiko sowie psychischen Traumata.

Einsetzen können Sie sich auch für Frauen im **Kosovo**. Zwar werden mittlerweile Entschädigungen an Frauen gezahlt, die während des Krieges sexuelle Gewalt erfahren haben – doch Gerechtigkeit gibt es noch immer nicht, keiner der Täter wurde bisher zur Verantwortung gezogen, und auch der Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Psychotherapien wird den betroffenen Frauen bislang verwehrt. Werden Sie schnell aktiv und senden Sie den Appellbrief bis Ende Juni ab!

Bleibt uns, trotz aller trauriger und auch wütend machender Nachrichten, Ihnen einen schönen Sommer zu wünschen! Genießen Sie die warmen Tage!

*Nadine Haumann für das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte*

## INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 3 BRASILIEN<br>Gerechtigkeit für ermordete Marielle Franco                  | 14 ÖSTERREICH: Auch Inländer sind Täter                 |
| 4 ARGENTINIEN<br>#NiUnaMenos - Kampf gegen Frauenmorde                      | 15 IRAK. Frauen und Kinder in verzweifelter Lage        |
| 5 HONDURAS<br>Wer hat Berta Cáceres erschossen?                             | 16 KOSOVO. Die starken Stimmen der Frauen               |
| 6 PERU / PARAGUAY<br>Landrechtsaktivist*innen im Visier                     | 18 SPANIEN<br>Sparpolitik bedroht Gesundheitsversorgung |
| 8 KAMERUN<br>Schmerzhafteste Praxis „Brustbügelns“                          | 19 UNGARN<br>Solidarität mit der Zivilgesellschaft      |
| 10 AMNESTY JAHRESBERICHT 2017/18<br>Rhetorik der Ausgrenzung spitzt sich zu | 20 TÜRKEI. Pressefreiheit liegt in Ketten               |
| 12 VORTRAG. Rechtsextremismus und Feminismus                                | 22 AMNESTY AKTUELL. Kurzmeldungen                       |
| 13 FREUND*INNENBUCH. Omas gegen Rechts                                      | 23 - 30 APPELLBRIEFE. Bitte absenden!                   |
|   | 31 IRAN. Zerstörung von Massengräber                    |
|   | 32 GUTE NACHRICHTEN. IMPRESSUM                          |

**BRASILIEN: Die Behörden müssen den Mord an der Menschenrechtsverteidigerin Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes rasch aufklären und alle Verantwortlichen vor Gericht bringen.**



© Amnesty International/Míclia Ninja

## GERECHTIGKEIT FÜR MARIELLE

Am 14. März 2018 wurde Marielle Franco, 38 Jahre alt, in Rio de Janeiro erschossen, als sie von einer Veranstaltung zurückkehrte, bei der sie einen Vortrag gehalten hatte. Anderson Pedro Gomes, 39, ihr Fahrer, wurde ebenfalls bei dem Angriff getötet.

Marielle war eine unermüdliche Menschenrechtsverteidigerin in Rio de Janeiro und in der Umgebung. Bevor sie zur Stadträtin gewählt wurde, prangerte sie Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen schwarze Jugendliche, Frauen und LGBTI-Menschen lautstark an. Sie arbeitete auch gegen Übergriffe der Sicherheitskräfte, einschließlich außergerichtlicher Hinrichtungen.

„Wenn der Staat die Schuldigen nicht vor Gericht stellt, wird die Botschaft gegeben, dass Menschenrechtsverteidiger\*innen ungestraft getötet werden können. Die Behörden müssen klarstellen, dass dies nicht der Fall ist und unverzüglich vorgehen, um diejenigen zu ermitteln, die Marielle getötet haben und deren Auftraggeber“, fordert Jurema Werneck, Direktorin von Amnesty International Brasilien.

„Die Ermordung einer schwarzen, lesbischen Menschenrechtsverteidigerin, die sich für die am stärksten marginalisierten Bereiche der Gesellschaft eingesetzt hat, sollte eindeutig

ihre Stimme zum Schweigen bringen und Angst und Unsicherheit erzeugen. Aber wir werden weiterhin unsere Stimmen erheben. Die Menschen in Brasilien und in der ganzen Welt sind, seit Marielle ermordet wurde, aktiv geworden und werden nicht eher ruhen, bis die Wahrheit bekannt ist und Gerechtigkeit erreicht ist. Sie haben versucht, uns zum Schweigen zu bringen, aber wir haben gezeigt, dass wir keine Angst haben.“

**TÖDLICHE BEDROHUNGEN.** Drohungen und Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen sind in Brasilien weit verbreitet. Die Reaktion der Behörden ist unzureichend und die meisten dieser Verbrechen bleiben ungestraft.

Mindestens 58 Morde im Jahre 2017 machen Brasilien zu einem der tödlichsten Länder der Welt für Menschenrechtsverteidiger\*innen. Solche Tötungen wirken in der Regel abschreckend, schüren Angst und Schweigen in der Gesellschaft.

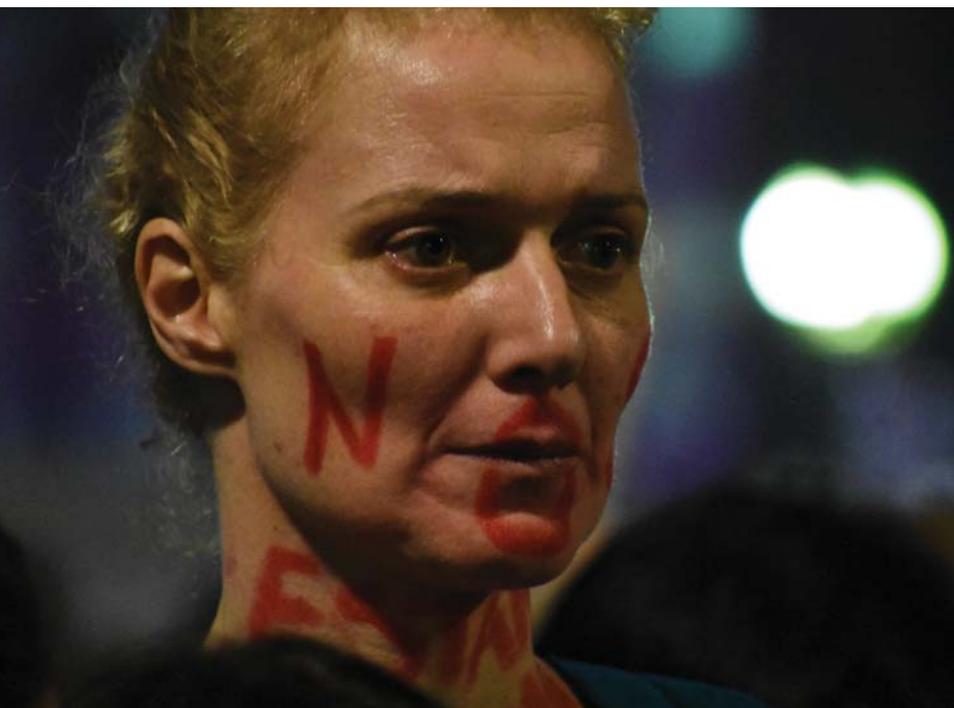
Amnesty International fordert die brasilianischen Behörden auf, umgehend eine gründliche, unparteiische und unabhängige Untersuchung durchzuführen in der nicht nur die Täter, sondern auch diejenigen, die den Mord angeordnet haben, identifiziert werden.

### WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis Ende Juni ab und fordern Sie Aufklärung über die Ermordung von Marielle Franco.

# #NI UNA MENOS NICHT EINE WENIGER

**ARGENTINIEN. Frauen kämpfen gegen Frauenmorde und Gewalt – und den allgegenwärtigen Machismo.**



**Eine Argentinierin bei einer Demonstration gegen sexuelle Gewalt**

© Demian Marchi /

Amnistía Internacional Argentina

Laut lokalen NGOs wird in Argentinien alle 30 Stunden eine Frau ermordet. Die meisten Frauen werden im Kontext von häuslicher und sexueller Gewalt durch (Ex-)Partner oder Verwandte getötet. Lange Zeit nahm die Gesellschaft das hin. Nur ganz allmählich setzt ein Bewusstseinswandel ein. Am 3. Juni 2015 war die erste Massendemonstration #NiUnaMenos gegen Machismo und Gewalt gegen Frauen und für Gleichberechtigung in Buenos Aires. Immer mehr beteiligen sich an der Bewegung und doch steigen zeitgleich die Zahlen der tödlichen Angriffe immer weiter: in den Jahren 2015 bis 2017 waren es 235, 254 bzw. 298, in der ersten Januarhälfte 2018 bereits 13!

„Femizid“ lautet der inzwischen gängige Namen in der UN Menschenrechtsberichterstattung, den NGOs und den Medien. Er

wirkt indirekt bis in die nationale Gesetzgebung, indem geschlechtsspezifische Gewalt nun strafverschärfend bewertet wird.

Doch die Praxis des Staats und der Justiz ändert sich nur sehr schleppend. Noch allzu oft wird, wie früher, strafmildernd auf „Mord aus Leidenschaft“ plädiert. Viele Frauen wurden vom Staat trotz vorliegender Anzeigen nicht effektiv geschützt.

„Ni Una Menos“ ist inzwischen wie „Nunca mas“ zu Ende der Militärdiktatur eine gesellschaftliche Formel, unter der sich weit über Argentinien hinaus in ganz Lateinamerika Frauen für ein Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt und für Gleichberechtigung einsetzen und dafür, dass eine Kultur sich wandelt, in der Frauen noch immer weniger zählen als Männer.

**MACHISMO-KULTUR.** Die Ermordung von Frauen ist nur die Spitze des Eisbergs geschlechtsspezifischer Gewalt. Die UN-Sonderberichtserstatteerin zu Gewalt gegen Frauen wies bei ihrem Besuch im November 2016 auf erhebliche Mängel bei der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen hin, die in einer „Machismo-Kultur“ weiterhin toleriert wird. Es gilt auch andere Rechte zu stärken, die insbesondere Frauen betreffen, wie das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung.

Nachdem die 25-Jährige Belem 2014 nach einer Fehlgeburt zu 8 Jahren Haft verurteilt wurde, forderte der UN-Menschenrechtsausschuss 2016 ihre Freilassung und zudem die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch zu prüfen. Im März 2017 wurde Belen vom Obersten Gerichtshof von Tucuman nach fast drei Jahren Haft freigesprochen.

**WERDEN SIE  
AKTIV!**

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis Ende Juni ab und fordern Sie wirksame Maßnahmen gegen Gewalt.



# WER HAT BERTA ERSCHOSSEN?

Vor zwei Jahren wurde die bekannte Menschenrechtsverteidigerin und Umweltaktivistin Berta Cáceres kurz vor ihrem 45. Geburtstag nachts in ihrem Haus in La Esperanza, Honduras, erschossen.

Sie hatte sich gegen das Staudammprojekt Agua Zarca am Gualcarque-Fluss eingesetzt, das die Lebensgrundlage ihrer eigenen und auch vieler anderer Gemeinden der indigenen Lenca bedroht.

Als Studentin gründete Berta Cáceres 1993 gemeinsam mit anderen den Bürgerrat der Volks- und Indigenenorganisationen von Honduras (COPINH - Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras).

COPINH kämpft für die Rechte der indigenen Gemeinschaften in Honduras. Über 200 Gemeinden der Lenca sind Teil der Organisation. Seit Bertas Tod werden ihre Töchter und die Mitglieder von COPINH noch massiver durch Handlanger der Baufirma Desarrollos Energéticos S.A., die den Staudamm baut, bedroht und eingeschüchtert.

„Die skandalös mangelhafte Untersuchung des Mordes an Berta hat bisher nichts dazu ergeben, wer ihn in Auftrag gab. Dies und das Fehlen wirksamer Mechanismen, um Zeugen und andere Menschenrechtsverteidi-

gerinnen und -verteidiger zu schützen, zeigen das Desinteresse der honduranischen Behörden an der Gewährleistung von Gerechtigkeit. Mit jedem Tag, der vergeht, ohne dass für Gerechtigkeit gesorgt wurde, wächst für honduranische Umweltaktivistinnen und -aktivisten die Gefahr, dass ihr Leben ein tragisches Ende nimmt. Das Versagen, sie zu schützen, ist zugleich das Versagen, die natürlichen Ressourcen zu schützen, die für das Überleben aller notwendig sind“, erklärte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin von Amnesty International.

**KLIMA DER ANGT UND GEWALT.** Seit dem Militärputsch 2009 setzt Honduras verstärkt auf den Verkauf von Konzessionen für den Abbau natürlicher Ressourcen an internationale Konzerne.

Vor allem große Energieprojekte in indigenen Gebieten, Naturreservaten und Nationalparks bedrohen die Umwelt und den Lebensraum der dort lebenden Menschen.

Die politische Situation in Honduras hat sich seit 2009 extrem verschlechtert. Es herrscht ein Klima der Gewalt und Unterdrückung. Für Menschenrechtsaktivist\*innen ist das Land mittlerweile eines der gefährlichsten der Welt.

**Berta Cáceres bei einem Treffen mit Mitgliedern von COPINH**

© Goldman Environmental Prize

## WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis Ende Juni ab und fordern Sie Aufklärung über die Ermordung von Berta Cáceres.

# AKTIVIST\*INNEN IM VISIER

**PERU / PARAGUAY: Landrechtsverteidiger\*innen und Umweltschützer\*innen stehen immer stärker unter Druck. Indigene Gemeinden sind besonders betroffen.**

**Kinder einer indigenen  
Gemeinde am Paraná Fluss, Alto  
Paraná, Paraguay.**  
© Amnesty International  
(Gustavo Luis Pereira Verly /  
Operación Dínamo

In Peru und Paraguay stehen Menschen, die sich für Landrechte und die Umwelt einsetzen, immer stärker unter Druck: Die Behörden gehen gegen sie mit Verleumdungskampagnen, rechtswidrigen Zwangsräumungen und haltlosen Strafanzeigen vor. Dies dokumentiert ein aktueller Bericht von Amnesty International.

„Diejenigen, die mutig für ihre Landrechte und Umwelt eintreten, werden regelmäßig aufgrund ihres Engagements ins Visier genommen. Diese Angriffe haben verheerende Auswirkungen auf das körperliche und geistige

Wohlbefinden der Betroffenen sowie auch auf deren Familien und Gemeinden“, sagt Erika Guevara-Rosas, Expertin für die Region Amerika bei Amnesty International.

„Die Behörden in Peru und Paraguay müssen umgehend damit aufhören, das Justizsystem dazu zu missbrauchen, Menschenrechtsverteidiger\*innen zu verfolgen, einzuschüchtern und in ihrer Arbeit zu behindern. Statt Menschen für die Verteidigung ihrer Landrechte und natürlichen Ressourcen zu kriminalisieren, müssen Staaten rechtzeitige und wirksame Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreifen.“ Die Behörden in Paraguay gehen mit

Verleumdungskampagnen, rechtswidrigen Zwangsräumungen und konstruierten Anklagen gegen Gemeindeglieder\*innen vor. Damit sollen diese von ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit abgehalten und andere von ähnlichen Aktivitäten abgeschreckt werden. Auch in Peru werden Menschenrechtsverteidiger\*innen stigmatisiert. Hinzu kommt, dass die Polizei in Peru bei Protesten gegen Bergbauprojekte unnötige und unverhältnismäßige Gewalt angewendet haben soll.

**WILLKÜRliche HAFT.** In Paraguay ist der Menschenrechtsanwalt Raúl Marín wegen seiner Arbeit regelmäßiger Schikane und Stigmatisierung ausgesetzt. Raúl Marín wurde am 13. Jänner 2016 von der Polizei festgenommen, als er gerade Rechtshilfe für Menschen leistete, die aus San Lorenzo vertrieben worden waren. Er wurde einen Monat lang willkürlich festgehalten und steht nun seit mehr als zwei Jahren wegen mutmaßlicher „Behinderung der Justiz“ unter Hausarrest. Gegen Raúl Marín sind darüber hinaus noch zwei weitere Anklagen aus dem Jahr 2015 wegen „unerlaubtem Betreten“ anhängig. Seinen Angaben zufolge wurde sein Recht auf eine angemessene Verteidigung mehrfach behindert, unter anderem durch das monatelange Vorenthalten seiner Ermittlungsakte.

Amnesty International hat sich mit dem Fall befasst und kann keine Beweise zur Untermauerung der Vorwürfe gegen ihn feststellen. Die Behörden missbrauchen offenbar bestimmte Rechtsvorschriften, um die Arbeit zu behindern, die Raúl Marín für Familien und Gemeinden leistet, deren Menschenrechte verletzt worden sind.

Ein Beispiel aus Peru stammt aus der nördlichen Region Cajamarca: Dort wurden am 26. April 2013 16 Gemeindeglieder\*innen von der Polizei festgenommen, weil sie sich zum Schutz ihres Grundstücks und ihrer Wasserressourcen gegen das Conga-Minenprojekt



# ES BEGINNT HIER

## DIE AMNESTY-KAMPAGNE FÜR MENSCHEN- RECHTSVERTEIDIGER\*INNEN

gestellt hatten. Die Staatsanwaltschaft klagte sie wegen Entführung und Nötigung an und forderte Gefängnisstrafen von mehr als 30 Jahren.

Laut Recherchen von Amnesty International basierte die Anklage der Staatsanwaltschaft auf widersprüchlichen Zeugenaussagen aus zweiter Hand. Zudem legte die Staatsanwaltschaft in den von Amnesty besuchten öffentlichen Anhörungen keinerlei Beweise für die mutmaßlichen Straftaten der 16 Angeklagten vor. Am 28. März 2017 wurde das Verfahren aus Mangel an Beweisen eingestellt.

**LEGITIME ARBEIT MUSS ANERKANNT WERDEN.** Amnesty International fordert die Behörden in Peru und Paraguay auf, öffentlich anzuerkennen, dass Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich für Landrechte und Umweltbelange einsetzen, legitime Arbeit leisten. Zudem

müssen die Behörden den Missbrauch des Justizsystems zur Drangsalierung und Diskreditierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen beenden, unbegründete strafrechtliche Verfahren fallenlassen, und die für Drohungen und Übergriffe Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Beide Länder sollten außerdem die staatlichen Strategien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen um Kriterien erweitern, die Fragen zum Geschlecht und zur ethnischen Zugehörigkeit der Betroffenen berücksichtigen.

Darüber hinaus müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die strukturellen Ursachen von Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen zu bekämpfen, wie zum Beispiel Straflosigkeit, Stigmatisierung und Diskriminierung.

## EL SALVADOR: „BLUT AN DEN HÄNDEN“

Das Scheitern einer Reform zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch während der vergangenen Legislaturperiode in El Salvador ist ein abscheulicher Rückschritt für die Menschenrechte, sagte Amnesty International Ende April. „El Salvadors Gesetzgeber haben Blut an den Händen, nachdem sie es abgelehnt haben, die Reform zur Entkriminalisierung von Abtreibung überhaupt zu diskutieren. Dieser dringend benötigte Gesetzentwurf hätte unzähligen Frauen und Mädchen das Leben gerettet, die durch das absolute Abtreibungsverbot unnötig gefährdet sind. Die verpasste Gelegenheit, diese Ungerechtigkeit zu beenden, ist ein schwerer Schlag für die Menschenrechte in El Salvador“, sagte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Amerika bei Amnesty International.

Die gesetzgebende Versammlung El Salvadors verpasste mehrere Gelegenheiten, um die Reform zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch während der Legislaturperiode zu diskutieren, die am 26. April zu Ende ging. El Salvador ist eines der wenigen Länder der Welt, in denen Abtreibung noch immer unter allen Umständen verboten ist. Mindestens 23 Frauen und



Mädchen sind aufgrund dieses Verbots im Gefängnis. Die vorgeschlagene Reform des Strafgesetzbuches hätte einen Abbruch in Fällen von Vergewaltigung, sexuellem Missbrauch einer Minderjährigen, wenn die Gesundheit oder das Leben der schwangeren Frau gefährdet ist, oder in Fällen einer tödlichen Mißbildung des Fötus entkriminalisiert.

# DIE SCHMERZHAFTE PRAXIS „BRUSTBÜGELN“

**KAMERUN.** Beim „Brustbügeln“ werden heiße Steine auf die sich entwickelnden Brüste junger Mädchen gelegt, um deren Wachstum zu verzögern.

Von Linda Fiene, Netzwerk  
Frauenrechte

Während dem Thema Genitalverstümmelung in den letzten Jahren dank des Einsatzes von Aktivist\*innen mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde, ist der Brauch des Brustbügelns in Europa weniger bekannt. Diese Praxis ist vor allem in Kamerun verbreitet. Verschiedene

derholt und in manchen Fällen von Massage, Schlägen und Abbinden der Brüste begleitet. Die betroffenen Mädchen sind zwischen 8 -14 Jahren alt.

Die Person, die die Brüste „bügelt“, ist oft die Mutter oder eine andere weibliche nahe Verwandte; manchmal greift das Mädchen sogar selbst zu dieser Methode. Das Ziel dahinter ist, die Brüste flach zu halten, damit die „Weiblichkeit“ des Mädchens nicht wahrgenommen wird. Da wachsende Brüste als ein Zeichen von Geschlechtsreife gelten, soll verhindert werden, dass Männer den jungen Frauen nachstellen, sie sexuell belästigen oder vergewaltigen. Somit sollen auch ungewollte Schwangerschaften, damit verbundene frühe Ehen oder Schulabbruch vorgebeugt werden. Eine Vergewaltigung würde zudem Schande auf die Familie des Mädchens bringen.

**SCHWERE GESUNDHEITLICHE SCHÄDEN.** Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 3,8 Millionen Mädchen weltweit davon betroffen. Der genaue Ursprung des Brauches ist unklar und Forschung zu dem Thema ist (noch) begrenzt. Was eigentlich als Schutzmaßnahme gedacht ist, kann langreichende Konsequenzen für die körperliche und psychische Gesundheit der Mädchen mit sich bringen. Dazu zählen starke Schmerzen, Verzögerung im Wachstum oder Fehlbildungen der Brüste sowie Gewebeschäden, Infektionen, Verbrennungen und Narben.

Auf lange Sicht können auch Probleme beim Stillen, ein erhöhtes Krebsrisiko, psychologische Trauma und Depressionen auftreten. Im Jahr 2006 wurde auf internationaler Ebene offiziell anerkannt, dass Brustbügeln Gewalt gegen Kinder darstellt und gegen die Menschenrechte verstößt. Brustbügeln wurde zu-



**Brustbügeln soll verhindern, dass heranwachsende Mädchen sexuell belästigt oder vergewaltigt werden.**  
© Pixabay

Formen des Brustbügelns können jedoch auch in anderen Ländern wie Kenia, Zimbabwe, Guinea-Bissau, Tschad, Togo oder Benin gefunden werden.

Der Begriff „Brustbügeln“ beschreibt eine Praxis, bei der heiße Objekte (z.B. Steine oder Küchenwerkzeuge) auf die sich entwickelnden Brüste von Mädchen gepresst werden, um das Wachstum der Brüste zu verlangsamen. Dieser Prozess wird oft mehrmals wie-

## MAURETANIEN

# SKLAVEREI UND DISKRIMINIERUNG

Menschenrechtsverteidiger\*innen in Mauretanien, die gegen Sklaverei und Diskriminierung im Land protestieren, werden willkürlich festgenommen, gefoltert, in abgelegenen Gefängnissen inhaftiert und ihre Zusammenkünfte systematisch verboten – das zeigt ein aktueller Amnesty-Bericht: „A sword hanging over our heads: The repression of activists speaking out against discrimination and slavery in Mauritania“.

„Es ist eine verabscheuungswürdige Missachtung der Menschenrechte, dass die mauretanischen Behörden trotz der gesetzlichen Abschaffung der Sklaverei vor fast 40 Jahren diese Praxis immer noch tolerieren und noch dazu diejenigen unterdrücken, die das kritisieren“, sagt Alioune Tine, Direktor von Amnesty International für die Region West- und Zentralafrika.

„Angesichts der Wahlen in diesem und dem kommenden Jahr ist die Gefahr groß, dass es zu Unruhen

gen bringen – darunter das Verbot friedlicher Demonstrationen, die Anwendung exzessiver Gewalt gegen Protestierende, das Marginalisieren von Aktivist\*innengruppen und das Behindern ihrer Aktivitäten.

In Mauretanien leben geschätzt 43.000 Menschen in Sklaverei – etwa ein Prozent der Bevölkerung. Amnesty hat herausgefunden, dass die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Justiz nicht angemessen auf die angezeigten Fälle von Ausbeutung reagieren, weder bei der Identifizierung der Opfer noch bei der Bestrafung der Täter\*innen.

2016 wurden lediglich zwei Personen von Anti-Sklaverei-Gerichten verurteilt, obwohl 47 Fälle und 53 Verdächtige zur Anzeige gebracht wurden. Der Bericht enthüllt, dass sich die diskriminierenden Praktiken vor allem gegen Angehörige der Haratin und afro-mauretanischer Gemeinschaften richten. Dazu gehört die gro-

dem als „schädliche traditionelle Praktik“ eingestuft. Obwohl internationale Menschenrechtsverträge (z.B. die UN-Kinderrechtskonvention) Mädchen vor solcher Art von Gewalt schützen sollen, ist es schwierig, gegen traditionelle Praktiken vorzugehen. Bräuche wie Brustbügeln werden von den Müttern und den betroffenen Mädchen selbst oftmals nicht als Menschenrechtsverletzung anerkannt. Sie sehen darin lediglich eine Maßnahme, die einem Zweck dient.

Die Absicht der Mütter, ihre Töchter vor ungewollten Schwangerschaften und sexuellen Übergriffen zu schützen, ist eigentlich gut – nur die Umsetzung ist schmerzhaft.

**KEINE AUFKLÄRUNG, KEINE VERHÜTUNG.** Dabei fehlt es den Frauen an Alternativen: Zugang zu Verhütungsmitteln und Gesundheitsfürsorge sind beschränkt. Aufklärungsarbeit in der Schule gibt es kaum, da das Thema tabuisiert ist. So bleiben Unwissen und Irrglaube über Sexualität und Pubertät weiter bestehen. Sozialer Wandel ist nötig, um bestehende Werte, Rollenbilder und Traditionen zu hinterfragen. Viele internationale Stimmen mahnen Kamerun, mehr für die Abschaffung des Brauches zu tun.

Es gibt bereits einige Organisationen, die sich gegen Brustbügeln einsetzen. Auf lokaler Ebene engagieren sie sich für Bewusstseins-schaffung, Aufklärung und Bestärkung von Mädchen. Neben Bildungsarbeit stehen auch Verbesserung des Zugangs zu Verhütungsmitteln und Gesundheitsleistungen auf der Agenda. Das Vorgehen gegen den traditionellen Brauch des Brustbügelns ist nicht einfach. Jedoch kann durch Kooperation auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene die Situation der Mädchen verbessert werden.



**Witwen und Waisen verlangen Gerechtigkeit für ihre ermordeten Angehörigen.**

© Yéro Gaynääko

kommen könnte, wenn nicht alle Stimmen – auch die kritischen – geachtet werden. Die Behörden müssen diesen Angriff gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen beenden und konkrete, sinnvolle Maßnahmen ergreifen, um die Sklaverei und die Diskriminierung zu beenden“, sagt Alioune Tine.

Der Bericht von Amnesty International legt im Detail die verschiedenen Strategien dar, mit denen die mauretanischen Behörden Menschenrechtsverteidiger\*innen zum Schwe-

Be Unterrepräsentanz in Führungspositionen und die Behinderung bei Registrierungen z. B. für den Zugang zu Grundversorgungsleistungen.

Auch das Recht auf Protest wird in Mauretanien unterdrückt: 20 Menschenrechtsgruppen berichteten Amnesty International, dass die Behörden ihre friedlichen Versammlungen in den vergangenen Jahren verboten oder aufgelöst hatten und dass sie dabei manchmal exzessive Gewalt anwendeten und Menschen schwere Verletzungen zufügten.

# RHETORIK DES HASSES UND DER AUSGRENZUNG SPITZT SICH ZU

## AMNESTY JAHRESBERICHT 2017/18. BESORGNISERREGENDE ENTWICKLUNGEN AUCH IN ÖSTERREICH



**Annemarie Schlack,**  
Geschäftsführerin von Amnesty  
Österreich

© Amnesty International/Christoph  
Liebentritt

### FOLGEN SIE UNS AUF

**FACEBOOK**  
amnestynetz-  
werkfrauenrechte

**TWITTER**  
@AIFrauenrechte

Die Rhetorik des Hasses und der Ausgrenzung hat dramatische Konsequenzen für Menschen auf der ganzen Welt: Die Diskriminierung von bestimmten Gruppen droht in vielen Ländern Normalität zu werden. Millionen bleiben fundamentale Rechte – etwa Zugang zu Nahrung, sauberes Wasser, Unterkünfte oder politische Teilhabe – verwehrt. Repressive Gesetze und Einschränkungen in der Zivilgesellschaft höhlen hart erkämpfte Rechte aus. Gleichzeitig haben Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit letztes

Jahr viele Menschen dazu inspiriert, ihre und die Rechte anderer einzufordern.

Der Amnesty International Jahresbericht 2017/18 umfasst 159 Länder und liefert die umfassendste Analyse der aktuellen Menschenrechtssituation weltweit.

„Von Myanmar über Syrien und den Yemen bis in die Türkei schaffen es Regierungen nicht, Verbrechen gegen die Menschlichkeit klar zu verurteilen und zu bekämpfen“ sagte Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich.

„Dabei sind sie mehr denn je gefordert, die Rechte aller zu verteidigen. Denn Menschen-

rechte sind der Kitt der Gesellschaft: Wer an ihm kratzt, bringt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr“, sagt Schlack.

**SOZIALER ZUSAMMENHALT IN GEFAHR.** Selbst in Österreich sei dieser Kitt in Gefahr, sagt Schlack. Auch die neue Regierung scheut nicht davor zurück, fundamentale, hart erkämpfte Rechte auszuhöhlen und Menschen gegeneinander aufzuhetzen.

Amnesty International Österreich liegen neue, noch inoffizielle Pläne für das Versammlungsrecht in Österreich vor, die offenbar dazu dienen sollen, kritische Stimmen mundtot zu machen. Beispielsweise soll es absolute Versammlungsverbote durch Verordnung im Vorhinein geben.

„Das ist ganz klar mit der Verfassung und den Menschenrechten nicht vereinbar“, sagt Schlack. „Die bestehenden Regelungen zum Versammlungsrecht sind vollkommen ausreichend. Wer mit schwammigen Formulierungen versucht, am Versammlungsrecht herumzudoktern, tritt ein hart erworbenes Recht mit Füßen.“

Ein Justizskandal sind Abschiebungen auf Basis eines unwissenschaftlichen Gutachtens. Ein Amnesty-Bericht belegte 2017: Afghanistan ist nicht sicher. Und trotzdem schicken Regierungen nach wie vor Menschen zurück in die Gefahr - mit dabei auch Österreich. Dabei ist mittlerweile bekannt, dass das Gutachten, mit dem österreichische Behörden abweisende Entscheidungen begründen, unwissenschaftlich ist und die Informationen des zugezogenen Sachverständigen intransparent und nicht überprüfbar sind.

**MEINUNGSFREIHEIT ALS ZENTRALES THEMA.** Der Kampf um die Meinungsfreiheit bleibt 2018 ein zentrales Thema. Führende Politiker\*in-



nen sind offensichtlich bereit, Falschnachrichten zu verbreiten, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Hinzu kommen folgenschwere Angriffe auf etablierte Institutionen, die zur Kontrolle der Macht dienen.

„Auch in Österreich gibt es Tendenzen, Institutionen abzuwerten, zu diskreditieren und anzugreifen, die eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den Mächtigen haben. Berichte unserer internationalen Kolleg\*innen – etwa in der Türkei, Ungarn oder auf den Philippinen – zeigen, wohin das führen kann“, sagt Schlack.

„Anstatt fragwürdige Bilder auf Facebook oder Worthülsen in den Medien zu verbreiten, sollte die Regierung endlich klarstellen, wie sie die offenen Punkte in Bezug auf Menschenrechte angehen und wie sie den Raum für zivilgesellschaftliches Engagement stärken will. Von dringend notwendigen Reformen im Maßnahmenvollzug über die umgehende Umsetzung des Erwachsenenschutzgesetzes, die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Medien bis hin zu einem menschenrechtskonformen Asylrecht und nicht zuletzt gesellschaftlichem Zusammenhalt – zu tun gäbe es genug“, so Annemarie Schlack.

**DER DRUCK STEIGT.** 2017 wurden hunderte Menschenrechtsverteidiger\*innen getötet. Auch der Druck auf Medienschaffende stieg: Die meisten Journalist\*innen wurden in der Türkei, Ägypten und China festgenommen. In

China starb letztes Jahr der Nobelpreisträger Liu Xiaobo, nachdem er wegen Kritik an der Regierung inhaftiert worden war. In der Türkei wurden der Vorstandsvorsitzende und die Direktorin von Amnesty International Türkei in Untersuchungshaft genommen – ein bislang einmaliger Vorgang in der Geschichte von Amnesty.

#### **AUCH IN EUROPA WIRD DIE UHR ZURÜCKGEDREHT.**

„Die schwachen Reaktionen auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit zeigen, wie wenig Verantwortung die Staatengemeinschaft beim Schutz der Menschenrechte übernimmt. Auch in Europa drehen Regierungen das Rad der Zeit schamlos zurück und machen menschenrechtliche Errungenschaften, die über Jahrzehnte mühsam erkämpft wurden, zunichte“, kritisiert die Amnesty Geschäftsführerin. Zum Beispiel in Polen, wo die Frauenrechte unter Beschuss stehen und friedlich Demonstrierende eingeschüchtert, überwacht und strafrechtlich verfolgt werden.

Die letzten Monate zeigten aber auch eines deutlich: Repressive Gesetze und Einschränkungen in der Zivilgesellschaft inspirieren immer Menschen, sich für soziale Gerechtigkeit, Würde und Freiheit einzusetzen – zum Beispiel in Polen, Chile oder die „Ni Una Menos“-Bewegung in Lateinamerika. Der Widerstand gegen die rückwärtsgerichtete und diskriminierende Politik vieler Regierungen wächst.

**Aktion für Menschenrechtsverteidigerinnen bei der Amnesty Mitgliederversammlung Ende April 2018 - mit dem internationalen Generalsekretär Salil Shetty (Bildmitte).**

© Amnesty International/ Christoph Bartylla

# RECHTE FRAUEN – WAHRE FRAUENRECHTLERINNEN?!

## VORTRAG: Lassen sich Rechtsextremismus und Feminismus vereinbaren?

Von Imke Steimann

Der spannende Beitrag unter diesem provokanten Titel von Frau Judith Götz (Foto) war Teil der ‚Women\* Human Rights Defenders‘ Vortragsreihe im Rahmen der Kampagne „Es beginnt hier“. Frau Götz erkundete die Rolle der Frau in der (österreichischen und deutschen) rechtsextremen Szene, ein Phänomen, das von der Wissenschaft viele Jahrzehnte vollends übersehen wurde und noch immer wenig Beachtung findet. Erst in den späten 1980er und 1990er Jahren kam beispielsweise das Forschungsinteresse für die Mittäterinnen-schaft vieler Frauen im Nationalsozialismus in Deutschland auf. Noch immer sei die Rechtsextremismusforschung stark an Männern orientiert, so die Universitätslehrende im Bereich Rechtsextremismus und Gedenkpolitik.

**WARUM WURDEN FRAUEN IN DER RECHTSEXTREMEN SZENE SO LANGE ÜBERSEHEN?** Die offensichtlichste Begründung liegt in den Geschlechterrollen, die weithin in der rechtsextremen Szene verbreitet sind. Eine klare Rollenverteilung sieht Frauen weniger im politischen Aktivismus als im traditionellen Verständnis als Mutter und Ehefrau. Dies zeigt sich beispielsweise an Wahlprogrammen im rechten Spektrum, in welchen Familien- und Frauenpolitik grundsätzlich als eine Kategorie gedacht wird. Warum sind Frauen dann in der rechtsextremen Szene aktiv? Anhand dieser Frage ergründete die Vortragende die Motivation von Frauen, der rechtsextremen Szene beizutreten. Sie ging dabei von einem soziologischen und psychologischen Standpunkt aus. Es geht vielen Frauen darum, die Unterdrückung in der Rolle als Frau zu kompensieren. Die Mitgliedschaft in der rechten Szene führt zu einem Machtgewinn durch die empfundene



Dominanz über andere Gruppen. Die zentrale Frage des Vortrags war die folgende: Inwiefern lassen sich Rechtsextremismus und Feminismus vereinbaren? Viele rechtsextreme Frauen präsentieren sich als die ‚wahren‘ Frauenrechtlerinnen. Sie behaupten, die eigentlichen feministischen Interessen zu vertreten und einzig den Schutz der (österreichischen) Frau an erster Stelle zu sehen. Die #metoo-Debatte wurde beispielsweise auf verdrehte Weise instrumentalisiert, um auf sexuelle Gewalt durch Ausländer und Geflüchtete hinzuweisen. So lässt sich sagen, dass rechtsextremer Feminismus von Rassismus geprägt ist, dass er den Schutz der Frau vor vermeintlicher ‚migrantischer Bedrohung‘ zum Thema hat. Außerdem wird der Mainstream-Feminismus als Geschlechterkampf und Männerhass verteufelt, als Versuch, die natürliche Beziehung zwischen Mann und Frau zu zerstören. Daher hat die Vortragende klar Stellung bezogen: Rechtsextremismus ist nicht mit Feminismus zu vereinbaren! Die widersprüchlichen Positionen vieler rechtsextremer Frauen sind eindeutig antifeministisch – sie verfestigen patriarchale Strukturen und engen Frauen in veralteten Rollenbildern ein.

# UNSER FREUND\*INNENBUCH



**WIR SIND:** *OMAS GEGEN RECHTS* – Plattform für zivilgesellschaftlichen Protest

**AKTIV SEIT:** *November 2017*

**DAS IST UNSER ZIEL:** *Wir leisten gegen unsere als rechtsnationale bis rechtsextreme neue Bundesregierung Widerstand und setzen uns für die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie, für unseren Rechts- und Sozialstaat, für die Rechte der Frauen und gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ein.*

**UNSER BESONDERES KENNZEICHEN:** *Wir gehen auf die Straße, beteiligen uns an Demos und erheben in Reden, mit Liedern und durch eine augenfällige Symbolik unsere Stimme.*

**DAS TREIBT UNS AN:** *Wir haben Sorge um unsere Jugend, die in einem Klima der wachsenden Entsolidarisierung und des Hasses gegenüber gesellschaftlich Benachteiligten wie z.B. Flüchtlingen aufwächst. Wir haben Angst vor einer „Orbanisierung“ Österreichs.*

**DAS IST UNSER MOTTO:** *OMAS, OMAS, uns braucht das ganze Land, wir kämpfen für die Kinder und leisten Widerstand!*

**WENN WIR GROSS SIND, DANN** *werden wir die Humanisierung und Demokratisierung unseres Landes vorantreiben. Sister, carry on.*

**DREI WORTE, DIE UNS BESCHREIBEN:** *ALT, politisch aktiv, professionell*

**DIESE PERSON ODER ORGANISATION GEHÖRT ZU UNSEREN VORBILDERN:** *alle zivilen Bewegungen, die etwas bewirkt haben*

**DIESES BUCH EMPFEHLEN WIR:** *Bücher über die Kraft der Frauen im Alter*

**DAS MÖGEN WIR GAR NICHT:** *Faschist\*innen*

**DAS WÜNSCHEN WIR UNS:** *Ein Europa ohne Rechtsradikale.*

**DAS WÜRDEN WIR MIT EINER MILLION EURO MACHEN:** *ein Flüchtlingsprojekt unterstützen. An den Flüchtlingen entlang geht das Bekenntnis der Mitmenschlichkeit.*

**DAS WOLLTEN WIR EUCH NOCH MITTEILEN:** *Kommt zu den OMAS: Frauen, Männer, Kinder!*

**SO KANNST DU UNS ERREICHEN:** *[www.omasgegenrechts.com](http://www.omasgegenrechts.com), [office@omasgegenrechts.com](mailto:office@omasgegenrechts.com)*

*Du kennst eine Person oder Organisation, die sich in Österreich besonders für Menschenrechte einsetzt und würdest sie gerne in unserem Freund\*innenbuch sehen? Dann schreib uns ein E-Mail an [frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at) und nominiere sie für unsere nächste Ausgabe!*

# AUCH ÖSTERREICHER SIND TÄTER

**Wer sich auf die Boulevardpresse und die Sozialen Medien verlässt, erhält den Eindruck, vorwiegend „Ausländer“, vor allem Asylwerber, verübten Straftaten. Die Statistik und eine Beobachtung der Meldungen belegen anderes.**

*Von Eva-Maria Jenkins Krumm,  
Netzwerk Frauenrechte,  
bewusst nicht in gendergerechter  
Sprache verfasst*

Die Kriminalstatistik 2017 zeigt, dass die Kriminalität in Österreich deutlich gesunken ist. Aus dem von Innenminister Herbert Kickl am 22. März 2018 präsentierten Bericht geht hervor: Auch die von ausländischen Tätern begangenen Straftaten gingen zurück, Rumänen und Deutsche stehen dabei an erster Stelle, gefolgt von Serben und Afghanen. Aus dem Bericht geht weiters hervor, dass es sich bei den begangenen Straftaten von fremden Tatverdächtigen in erster Linie um Diebstahlsdelikte, Körperverletzungen und um den Verstoß gegen das Suchtmittelgesetz handelt. Aus dem Bericht geht auch hervor: 61 Prozent der Täter waren Österreicher.

Liest man die tägliche Boulevardpresse, so entsteht allerdings ein anderes Bild. Berichtet wird vor allem über Straftaten von Asylwerbern, allen voran von Messerattacken, die häufig im familiären Kontext oder bei Streitigkeiten innerhalb der Gruppe von Asylwerbern geschehen.

Wer sich nicht auf die Boulevardpresse ver-

lässt, kann sich allerdings auch ein Bild machen von schwerwiegenden Verbrechen, begangen durch österreichische Täter. Die folgenden Fälle stammen aus der Berichterstattung einer überregionalen Tageszeitung innerhalb eines Monats. Dabei zeigt sich, dass die Familie in Österreich eine der größten Gefahrenzonen darstellt.

**TATORT FAMILIE, TÄTER ÖSTERREICHER.** Am 23. Januar 2018 stand ein 37-jähriger österreichischer Kärntner wegen Kindesmissbrauch vor Gericht. Am 24. Januar wollte ein 20-jähriger Österreicher seine Mutter umbringen. Er drückt ihren Kehlkopf so lange zu, dass sie keine Luft mehr bekam. Zwei Tage später überfiel eine 26jährige gebürtige Wienerin einen 78jährigen Wiener. Dieser stürzte dabei so unglücklich, dass er wenig später seinen Verletzungen erlag. Nur einige Tage später konnte man erfahren, dass ein 50jähriger Österreicher wegen schweren sexuellen Missbrauchs seiner Enkelkinder angeklagt wurde. Und schon am 1. Februar wurde ein anderer Österreicher beschuldigt, sich an 13 (!) Kindern vergangen zu haben. Nicht genug: Am 24. Februar wurde bekannt, dass ein österreichischer Volleyballtrainer 15 Jahre lang unmündige Mädchen missbraucht hatte. Am selben Tag ging ein 51jähriger Österreicher mit einem Beil auf seine beiden Geschwister und seine Mutter los. Die beiden Geschwister verletzte er tödlich, die Mutter schwebte in Lebensgefahr. Und am 27. Februar schließlich tötete ein österreichischer Enkel seine Großmutter.

Ja, jedes Verbrechen ist zu viel! Ja, jedes Verbrechen muss lückenlos aufgeklärt werden! Aber: Wir sollten uns schon bemühen, den Balken im eigenen Auge zu erkennen.

**In vielen europäischen Ländern erleben Migrant\*innen Diskriminierung und Schuldzuweisungen. Im Bild die Festnahme eines Migranten in Spanien.**

© Olmo Calvo / Fronteras Invisibles



## IRAK. Frauen und Kinder, denen Verbindungen zum „Islamischen Staat“ unterstellt werden, erhalten keine humanitäre Hilfe und erleiden sexuelle Gewalt.

Der Bericht mit dem Titel „The Condemned: Women and Children Isolated, Trapped and Exploited in Iraq“ dokumentiert, wie Frauen in Lagern für Binnenvertriebene routinemäßig von Sicherheitskräften, Angehörigen der Lagerverwaltung und Behördenvertreter\*innen diskriminiert werden, weil man ihnen Verbindungen zum IS vorwirft. Expert\*innen von Amnesty International kamen zu dem Schluss, dass in jedem der acht besuchten Lager sexuelle Ausbeutung stattfindet.

„Der Krieg gegen den IS mag im Irak zu Ende sein, doch die irakische Bevölkerung leidet dort nach wie vor. Irakische Frauen und Kinder mit vermeintlichen Verbindungen zum IS werden für Verbrechen bestraft, die sie nicht begangen haben“, berichtet Lynn Maalouf, Direktorin der Rechercheabteilung Naher Osten bei Amnesty International. „Diese Familien wurden aus ihrem sozialen Umfeld gestoßen und wissen nicht, wohin sie gehen oder an wen sie sich wenden können. Sie sind ausgegrenzt und sitzen in Lagern fest, wo sie weder Wasser und Nahrungsmittel noch andere notwendige Güter erhalten. Es handelt sich hierbei um eine erniedrigende Form der Kollektivbestrafung, die Brutstätte für zukünftige Gewalt sein könnte. So kann keinesfalls der gerechte und tragfähige Frieden erreicht werden, den die irakische Bevölkerung benötigt und verdient.“

Der Amnesty-Bericht dokumentiert die Notlage von Tausenden Frauen, die mit ihren Familien in Lagern für Binnenvertriebene festsitzen, nachdem ihre männlichen Familienangehörigen entweder getötet oder bei der Flucht aus vom IS kontrollierten Gebieten in und um Mosul willkürlich festgenommen wurden bzw. dem Verschwindenlassen zum Opfer fielen. In vielen Fällen ist das einzige „Verbrechen“ dieser Männer, dass sie aus einer IS-Hochburg geflohen sind, einen ähnlichen Namen haben wie eine



## IN VERZWEIFELTER LAGE

Person auf einer Fahndungsliste, oder dass sie als Koch oder Fahrer für den IS gearbeitet haben.

**ISOLATION UND SEXUELLE AUSBEUTUNG.** Im ganzen Land erhalten Frauen und Kinder in Lagern für Binnenvertriebene keinen Zugang zu Nahrung und Gesundheitsdiensten, weil ihnen Verbindungen zum IS vorgeworfen werden. Diesen Familien werden zudem routinemäßig Ausweispapiere und andere Dokumente vorenthalten, die sie zum Arbeiten und für ihre Bewegungsfreiheit benötigen. In mindestens einem Lager werden Familien mit vermeintlichen Verbindungen zum IS am Verlassen des Camps gehindert – de facto handelt es sich bei dem Lager um eine Hafteinrichtung.

Die Frauen sind verzweifelt und isoliert und einem hohen Risiko sexueller Ausbeutung durch Sicherheitskräfte, bewaffnete Wächter und Mitglieder von Milizen ausgesetzt. In allen acht Lagern, die von Amnesty-Expert\*innen besucht wurden, wurden Frauen unter Druck gesetzt bzw. gezwungen, sexuelle Beziehungen einzugehen, um im Gegenzug entweder Geld, humanitäre Hilfe oder männlichen Schutz zu erhalten.

Vier Frauen berichteten, dass sie entweder eine Vergewaltigung beobachtet hatten oder Schreie aus einem benachbarten Zelt gehört hatten, als eine Frau von bewaffneten Männern, Angehörigen der Lagerverwaltung oder anderen Personen vergewaltigt wurde.

# DIE STARKEN STIMMEN DER FRAUEN

## KOSOVO: Trotz einer starken Frauenrechtsbewegung und guter Gesetze ist es noch ein langer Weg zur Gleichberechtigung

Von Imke Steimann,  
Netzwerk Frauenrechte

Im Jahr 2008 verkündete der Kosovo seine Unabhängigkeit – dies war ein Wendepunkt für die nationale Frauenrechtsbewegung. Langsam sind Initiativen zur höchsten politischen Ebene durchgedrungen. Hier ist besonders das Kosovo Women's Network (KWN)

hervorzuheben, welches durch andauernde Initiativen die Politik im Sinne der kosovarischen Frauen zu beeinflussen suchte. Die Leiterin des KWN, Igo Rogova, durfte ich im Januar treffen und mit ihr über die Situation der Frau in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Landschaft Kosovos sprechen. Eine inspirierende Frau, die vor Geschichten nur so sprüht – Geschichten sind ihr Weg, um Veränderung zu bewirken, da sie eine

Nachricht hinterlassen, wie es Berichte und Stellungnahmen selten vermögen.

Das KWN arbeitet auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit aus dem Jahr 2000. Diese Resolution fordert alle Staaten dazu auf, die wichtige Rolle und das Potenzial der Frau in

Friedensverhandlungen anzuerkennen und ihre Beteiligung in der Politik zu fördern. Besonders nach Verkündung der Unabhängigkeit, als Kosovos politische Zukunft neu verhandelt wurde, gab es trotz der Resolution keine Beteiligung von Frauen in der Politik.

Dazu erzählte mir Igo eine ihrer interessanten Geschichten. Die Friedensverhandlungen im Kosovo wurden unter Ausschluss von Frauen geführt. Selbst die UN Mission, welche den Kosovo auf dem Weg in die Unabhängigkeit begleitet hat, setzte sich nicht für Frauen bei den Verhandlungen ein. Die UN kam mit patriarchalen Ideen ins Land, so erzählte es mir Igo, da sie dies für die Einstellung der lokalen Bevölkerung hielten.

Dabei wurde von den internationalen Akteuren im Kosovo ignoriert, dass die Frauenrechtsbewegung im Kosovo schon jahrelang sehr aktiv war. Zum internationalen Frauentag am 8. März 1998 kamen beispielsweise 15.000 Frauen in Pristina zusammen, um für Menschenrechte zu demonstrieren. Frauen haben eine zentrale Rolle im Widerstand gegen die serbischen Unterdrückungsversuche gespielt, daher wäre zu erwarten gewesen, dass sie in der politischen Landschaft nach dem Krieg vertreten sein würden. Doch wurden sie im Nachkriegskosovo an den Rand der Politik gedrängt und die internationalen Organisationen sind, wie bereits erwähnt, nicht unschuldig daran.

**AN DEN VERHANDLUNGSTISCH GEHOLT.** Daher wurde keine einzige Frau zu den Verhandlungen eingeladen. Erst dem früheren UN-Generalsekretär Kofi Anan fiel das Fehlen der Frauen auf – und er war es, der die Frauen schließlich an den Verhandlungstisch holte, unter anderem Igo vom KWN. Als er ihnen die Einladung zur Teilnahme aussprach, teilte er seine Vorstellung mit, allen Verhandlungsteilnehmenden ein paar Minuten Redezeit zu geben. Als nun die Konferenz begann und Kofi Anan die



Igo Rogova (links) vor dem Heroinat (Heldinnen) Denkmal in Pristina. Es erinnert an den Beitrag und die Opfer der Frauen während des Kosovo-Krieges 1998/99

© Kavita Nandini Ramdas  
[/https://www.knrsisters.com/blog](https://www.knrsisters.com/blog)

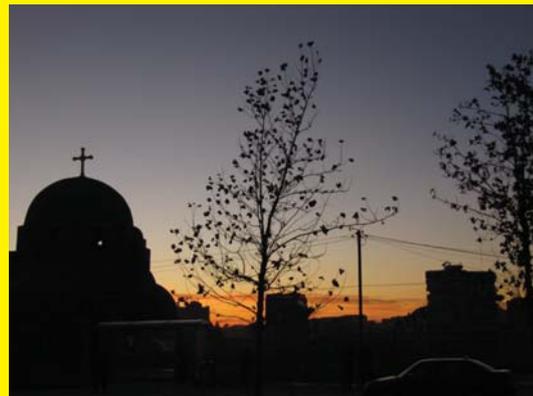
## RENTE FÜR ÜBERLEBENDE SEXUELLER GEWALT DES KOSOVO-KONFLIKTS – ABER IMMER NOCH KEINE STRAFRECHTLICHE AUFARBEITUNG

Fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Konflikts im Kosovo bekommen Überlebende von Vergewaltigung seit Januar 2018 endlich eine überfällige Anerkennung und Reparation in Form einer monatlichen Rente. Ermöglicht wird dies durch eine Gesetzesänderung, welche von allen Betroffenen zwar begrüßt wird, allerdings längst nicht internationalen Standards entspricht und auch nicht den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht wird. Trotz chronischer Krankheiten und psychologischer Trauma bleibt ihnen der Zugang zu freier Gesundheitsversorgung und adäquaten Rehabilitationsmaßnahmen, inklusive psychologischer Therapien, weiterhin verwehrt. Höchstwahrscheinlich wird das auch die einzige Form der Wiedergutmachung sein. Trotz der weitflächigen und systematischen Vergewaltigungen während der Krise im Kosovo wurde

bis heute keiner der Täter strafrechtlich verurteilt. Ermittlungen seitens der Vereinten Nationen und der europäischen Union im Kosovo blieben ergebnislos. Fraglich bleibt, ob nun die mit Kriegsverbrechen betrauten Behörden im Kosovo vergangene Fehler beheben können und eine strafrechtliche Aufarbeitung konfliktbezogener Vergewaltigungen durchführen. Es ist wichtig, dass eine Wiedergutmachung die körperlichen, psychologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse von Überlebenden konfliktbezogener sexueller Gewalt umfassend beinhaltet. Zusätzlich zu der monatlichen Rente sollen die Behörden im Kosovo sicherstellen, dass betroffene Personen freien Zugang zu adäquater Gesundheitsversorgung, Rehabilitation, so-

wie Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen und befreit werden von dem Stigma, welches durch die brutalen Ereignisse während des Konfliktes seitdem auf ihnen lastet.

*Quelle: "WOUNDS THAT BURN OUR SOULS" COMPENSATION FOR KOSOVO'S WARTIME RAPE SURVIVORS, BUT STILL NO JUSTICE*



**Christ-Erlöser Kirche / Katedralja e Krishtit  
Shpëtimtar in Pristina**

© Imke Steimann

Bühne überlassen wurde, antwortete er: „Nein, ich bin nicht hier um zu sprechen, ich bin zum Zuhören gekommen.“ Und so fragte er ins Plenum, wer gerne das Wort ergreifen möchte. Die Männer im Raum waren perplex – die Frauen jedoch vorbereitet und motiviert. So ergriffen sie als erste das Wort – und setzten ein starkes Zeichen für das Mitbestimmungsrecht der Frau in der Politik Kosovos.

**NOCH VIELE BENACHTEILIGUNGEN.** Eine ermutigende Geschichte – die erhoffte Gleichberechtigung ist im Kosovo leider noch nicht eingetreten. Auch heute noch werden die meisten wichtigen Ämter innerhalb der politischen Parteien von Männern übernommen. Die rechtliche Frauenquote ist notwendig, damit der Anteil der weiblichen Parlamentsmitglieder nicht auf unter 30% sinkt. Die mangelnde Gleichberechtigung spiegelt sich auch stark auf dem Arbeitsmarkt wider. Während die Arbeitslosenquote bei Männern schon bei bedenklichen 40% liegt, beträgt sie bei Frauen 57%. Dies lässt sich auf ungleichen Zugang zu Bildung zurückverfolgen. Frauen finden sich außerdem oft in schlechter bezahlten

Jobs wieder und sind daher finanziell von ihren Ehemännern abhängig. Diese Familienstrukturen verwehren vielen Frauen die finanzielle Selbstbestimmung, was ihre Situation geradezu ausweglos erscheinen lässt. Daher lässt sich die klare Bilanz ziehen, dass die Resolution 1325 im Kosovo nicht ausreichend implementiert wurde, weder von den internationalen Organisationen noch von kosovarischen Politiker\*Innen.

Zwar spiegeln die neuen Gesetze Gleichstellung wider, auf die Frauenrechtskonvention wird sogar in der Verfassung verwiesen, jedoch ist das Land von der Umsetzung dieser Gesetze weit entfernt. Um die notwendige Veränderung zu bewirken, müssen wir weiter an die Kraft der Geschichte glauben und starke Frauen wie Igo in ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.

*Leseempfehlung: „1325: Facts and Fables“ des Kosovo Women's Network, erschienen 2011 mit Unterstützung der Entwicklungskooperation Österreichs mit Kosovo, verfügbar in englischer Sprache auf <http://www.womensnetwork.org/documents/20130120165559661.pdf>.*

### WERDEN SIE AKTIV!

**Senden Sie bitte den  
Appellbrief bis Ende Juni  
ab und verlangen Sie  
Gerechtigkeit für die  
Opfer sexueller Gewalt.**

# FALSCHES REZEPT SPARPOLITIK

**SPANIEN: Patient\*innen leiden unter einer grausamen Sparpolitik. Harte Kürzungen treffen besonders ökonomisch schwache und marginalisierte Menschen.**

Die harten Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem haben verheerende Auswirkungen auf ökonomisch schwache und marginalisierte Menschen in Spanien. Ein neuer Amnesty-Bericht - „Wrong Prescription: The impact of austerity measures on the right to health in Spain“ - dokumentiert, welche Risiken die Sparmaßnahmen, die die spanische Regierung einführt, mit sich bringen. Und er zeigt auf, dass die spanische Regierung diese Kürzungen auf eine Art implementierte, die mit ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht vereinbar ist.

„In Spanien sieht man, welche horrenden Auswirkungen es auf einzelne Menschen hat, wenn am falschen Ort gespart wird. Kürzungen im Gesundheitssystem dürfen nicht dazu führen, dass wichtige medizinische Leistungen für Menschen wegfallen. Diesen Fehler darf die österreichische Regierung auf keinen Fall machen“, sagt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich

Die Sparmaßnahmen haben die Gesundheitsversorgung in Spanien unzugänglicher und teurer gemacht. Es sind die schwächsten und verletzlichsten Menschen in der Gesellschaft,

die darunter besonders leiden. Der Drang der spanischen Regierung, um jeden Preis Kosten zu senken, hat das Leben für Patient\*innen und für Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, gleichermaßen erschwert.

Spaniens Sparmaßnahmen stehen in direktem Konflikt mit der Verpflichtung der spanischen Regierung, das Recht auf Gesundheit zu erfüllen. Amnesty-Mitarbeiter\*innen sprachen mit Krebspatient\*innen, die sich nicht die Medizin leisten können, die die Nebenwirkungen einer Chemotherapie lindern, und sie sprachen mit psychisch kranken Menschen, die nun keine Unterstützung mehr erhalten. Diese Kürzungen sind nicht nur rückschrittlich, sie sind auch grausam.

**DER HINTERGRUND.** Die spanische Regierung begann 2009 mit den Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem, kurz nach Ausbruch der globalen Finanzkrise. Diese Kürzungen – insbesondere durch den königlichen Gesetzeserlass 16/2012 (RDL 16/2012) – sehen unter anderem vor, dass die Kosten für bestimmte Produkte Patient\*innen tragen müssen, dass Migrant\*innen ohne regulärem Aufenthaltsstatus nur eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung bekommen und dass die Ausgaben für Personal, Ausstattung und Infrastruktur im Gesundheitswesen gekürzt werden. Amnesty International sprach mit 243 Menschen in Andalusien und Galicien – darunter Nutzer\*innen des Spanischen Nationalen Gesundheitssystems (SNS), Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten sowie Gesundheitsexpert\*innen. Der Bericht zeigt, dass die Sparmaßnahmen der spanischen Regierung einen überproportionalen Effekt auf Menschen mit niedrigem Einkommen haben – insbesondere auf jene mit chronischen Beschwerden, Menschen mit Behinderung sowie Menschen, die psychische Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen.

**Menschen mit niedrigem Einkommen und chronischen Krankheiten können sich notwendige Medikamente nicht mehr leisten.**

© AI / Lupe de la Vallina





## SOLIDARITÄT MIT DER UNGARISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Massenprotest gegen das NGO Gesetz  
© Gergo Tóth

Am 13. Februar legte die ungarische Regierung dem Parlament den Entwurf für ein neues Gesetzespaket vor, das aus insgesamt drei Gesetzesvorschlägen besteht. Die vorgeschlagenen Gesetze würden ungarische zivilgesellschaftliche Organisationen noch stärker als bisher in ihrer Arbeit behindern. Unter den neuen Bestimmungen müssten NGOs, die „Migration fördern“, für ihre Arbeit künftig eine staatliche Sicherheitsfreigabe und eine Genehmigung einholen. Die Gesetze würden zudem bedeuten, dass die betroffenen Organisationen auf alle ausländischen Finanzmittel, die vermeintlich der „Förderung der Migration“ dienen, eine Steuerleistung in Höhe von 25 Prozent erbringen müssten. Tun sie dies nicht, so müssen sie mit astronomischen Geldstrafen, dem Bankrott oder gar ihrer Auflösung rechnen.

All dies geschieht vor dem Hintergrund einer ungarischen Zivilgesellschaft, die ohnehin bereits erheblichen Einschränkungen unterliegt, und verstößt gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Landes, die Rechte auf Vereinigungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Freizügigkeit zu schützen.

Wir sind der Überzeugung, dass das neue vorgeschlagene Gesetzespaket der jüngste Versuch der ungarischen Regierung ist, die legitime Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, Rechtshilfe und soziale Dienste bereitstellen und in der Presse oder im Internet abweichende Meinungen äußern, noch weiter zu beschneiden.

Als Verfechter\*innen von Rechten und Freihei-

ten bestehen wir darauf, dass Menschen stets ihre Ansichten äußern dürfen, ohne dafür angegriffen, bedroht oder inhaftiert zu werden. Eine offene Diskussion über Regierungsführung und -politik ist unverzichtbarer Bestandteil einer jeden Gesellschaft, und Menschenrechtler\*innen dürfen für ihre von Zeit zu Zeit kritischen Ansichten nicht kriminalisiert werden. Menschenrechtsverteidiger sollten durch Gesetze geschützt und nicht durch repressive Regelwerke unterdrückt werden.

Menschenrechtsverteidiger\*innen sorgen dafür, dass die Rechte von Personen in ihrer Umgebung und in ihrem Land gewahrt werden. Dadurch schützen sie unsere Rechte, und dies weltweit. Oftmals sind Menschenrechtler\*innen die letzte Bastion, wenn es um die Verteidigung einer freien und gerechten Gesellschaft geht, und häufig nehmen sie für diese Arbeit enorme persönliche Risiken auf sich.

Wir bekunden unsere Solidarität mit der Zivilgesellschaft und allen Menschenrechtsverteidiger\*innen in Ungarn – mutige Menschen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen. Ohne ihren Mut gäbe es in dieser Welt weniger Gerechtigkeit und Gleichheit.

Wir fordern das ungarische Parlament daher auf, das gesamte vorgeschlagene Gesetzespaket abzulehnen und dafür zu sorgen, dass NGOs und Menschenrechtler\*innen ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können, statt gezwungen zu sein, sich gegen derartige Angriffe zur Wehr zu setzen.

**UNGARN. Mehr als 250 Organisationen weltweit protestierten gegen ein geplantes Gesetzespaket, das die Arbeit von NGOs massiv einschränken würde.**

*Die unterschreibenden Organisationen, unter ihnen Amnesty International, erklärten mit diesem Brief ihre Unterstützung und Solidarität für Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in Ungarn. Nebenstehend der Brief im Wortlaut.*

# PRESSEFREIHEIT LIEGT IN KETTEN

JUNI 2018

TÜRKEI

**TÜRKEI. In einem Klima der Angst und Einschüchterung brauchen Journalist\*innen in der Türkei jetzt dringend unsere Solidarität.**

Journalist\*innen in der Türkei sprechen von einem erdrückenden Klima der Angst, das sich in der türkischen Medienlandschaft ausgebreitet hat. Am Tag der Pressefreiheit am 3. Mai forderten sie gemeinsam mit Journalist\*innen und berühmten Persönlichkeiten aus der ganzen Welt die Freilassung von mehr als 120 Medienschaffenden, die sich derzeit in Haft befinden.

Zehra Doğan, Künstlerin und Redakteurin des kurdischen Frauenmediums JINHA, das im

ren Kampf fortführen und wir werden weiterhin sagen, dass Journalismus kein Verbrechen ist – bis alle Journalist\*innen frei sind.“

Çağdaş Kaplan, Redakteur des Online-Nachrichtenportals Gazete Karınca, sagte: „Die Arbeit ist extrem schwierig, wenn man fürchten muss, verhaftet oder angeklagt zu werden. Aber Journalismus ist unser Beruf – wir müssen ihn ausführen. Es gibt eine klar sichtbare Wahrheit in der Türkei, doch es gibt Versuche, sie von der Bevölkerung zu verstecken. Jemand muss sie aussprechen, und das versuchen wir zu tun.“

Hakkı Boltan von der Vereinigung Freier Journalist\*innen (Free Journalists Association), die im November 2016 geschlossen wurde, erklärte: „Für Journalist\*innen ist die Türkei ein Kerker. Wir hatten 400 Mitglieder, als wir aufgelöst wurden. 78 sind aktuell im Gefängnis. Nur wenn Journalist\*innen auf der ganzen Welt mit uns aufstehen und sich mit uns solidarisieren, können wir die Situation ändern.“

Murat Sabuncu, Redakteur bei Cumhuriyet, wurde am 25. April zu siebeneinhalb Jahren Haft aufgrund von Terrorismusvorwürfen verurteilt. Er sagt: „Ich liebe mein Land und meinen Beruf. Ich will Freiheit sowohl in der Türkei als auch auf der ganzen Welt – nicht für mich, sondern für alle Journalist\*innen im Gefängnis. Wir schaffen das nur, wenn wir alle zusammenhalten.“

Neben Hunderten Journalist\*innen setzen sich bekannte Künstler\*innen wie Ai Weiwei, Autor\*innen wie Elif Shafak, Schauspieler\*innen und Fernsehstars wie Ross Kemp sowie dutzende Karikaturist\*innen für Journalist\*innen und freie Medien in der Türkei ein.



**Die Künstlerin und Redakteurin Zehra Doğan wurde zu drei Jahren Haft verurteilt.**  
© Refik Tekin

Oktober 2016 geschlossen wurde, wurde zu knapp drei Jahren Haft für ihre Zeichnungen und Artikel verurteilt. Sie schrieb aus dem Diyarbakir-Gefängnis: „Ich bin im Gefängnis, aber ich bin keine Gefangene. Wir zeigen jeden Tag, dass Kunst und Journalismus nicht eingesperrt werden können. Wir werden unse-



Für solche Cartoons wurde Musa Kart im April 2018 zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Er arbeitete unter anderem für die Zeitung Cumhuriyet, wo seit 1994 täglich eine Karikatur von ihm erschien.

*Text im Cartoon: „Beil dich, die Zeremonie beginnt gleich.“ Justitia ist hier zum Dienstmädchen degradiert.*

**DIE KAMPAGNE #FREETURKEYMEDIA** von Amnesty International unterstützen der Autorenverband P.E.N., Reporter Ohne Grenzen (ROG), die britische Menschenrechtsorganisation Article 19, die US-amerikanische NGO „Committee to Protect Journalists“, der „Index on Censorship“ und viele andere Organisationen. Im Vorfeld der Wahlen sind freie Medien für die Türkei wichtiger denn je. Mutige Journalist\*innen machen weiterhin in einem Klima der Angst ihren Job. Die Welt muss den türkischen Behörden zeigen, dass wir sie nicht vergessen – und auch nicht die vielen Journalist\*innen, die derzeit im Gefängnis sind“, stellt Gauri van Gulik, Europadirektorin von Amnesty International, fest.

„In der Türkei gibt es Bestrebungen, den unabhängigen Journalismus zu beenden. Nirgendwo sonst sind so viele Journalist\*innen im Gefängnis – gegen einige von ihnen wurden lebenslange Haftstrafen verhängt, weil sie schlicht und einfach ihren Job gemacht haben. Und in den nächsten Tagen und Wochen sind weitere Verurteilungen geplant. Die Welt kann dem nicht tatenlos zusehen“, sagt Gauri van Gulik.

Unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands haben die türkischen Behörden bewusst und methodisch die Zivilgesellschaft demontiert, Menschenrechtsverteidiger\*innen inhaftiert, Organisationen geschlossen und ein erdrückendes Klima der Angst geschaffen.

**DEMONTAGE DER ZIVILGESELLSCHAFT.** In der Türkei gibt es nur mehr sehr wenige Teile der ehemals dynamischen Zivilgesellschaft, die von dem anhaltenden Ausnahmezustand nicht betroffen sind: Landesweit wurden in den vergangenen Monaten Journalist\*innen entlassen und festgenommen, das Rechtssystem wurde ausgehöhlt und Menschenrechtsverteidiger\*innen mittels Drohungen, Schikane und Inhaftierung zum Schweigen gebracht. Der Ausnahmezustand war ursprünglich im Juli 2016 nach dem gescheiterten Putschversuch als vorübergehende Maßnahme ausgerufen worden. Vor kurzem wurde er jedoch zum siebten Mal verlängert. In diesem Zusammenhang wurden die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Freiheit, Sicherheit und faire Gerichtsverfahren für die Menschen in der Türkei erheblich beschnitten.



# KURZMELDUNGEN



**INDONESIEN: POLIZEI MUSS TRANSFRAUEN SCHÜTZEN, NICHT ANGREIFEN.** Die indonesischen Behörden verweigern Transfrauen, die am 27. Januar von der Polizei in Nord-Aceh schwer misshandelt und erniedrigt wurden, jeglichen Schutz. Einige der Frauen sind seit den Übergriffen aus Angst um ihre Sicherheit untergetaucht. Amnesty International Indonesien hat sie dort interviewt. Sie berichteten detailliert von den schrecklichen Erlebnissen am 27. Januar, als die Polizei die Schönheitssalons, in denen sie arbeiteten, durchsuchte, sie öffentlich bloßstellte, sie getreten und geschlagen wurden und ihnen ihre Haare abgeschnitten wurden, um „alle Transpersonen aus Aceh zu vertreiben“. Nachdem sie ihre Arbeit verloren und zudem verbale und körperliche Gewalt durch Familienmitglieder und die Öffentlichkeit erfahren haben, sind einige der Betroffenen an einen geheimen Ort in der Nähe von Aceh geflüchtet.



**IRAN. PREIS FÜR NARGES MOHAMMADI.** Die gewaltlose politische Gefangene Narges Mohammadi konnte den Andrei-Sacharow-Preis 2018 nicht persönlich in Columbus, Ohio, entgegennehmen, wo ihr die American Physical Society diesen Preis zugesprochen hatte. Aus ihrer Dankesbotschaft: „Der Weg zur Demokratie im Iran führt nicht durch Gewalt, Krieg oder Militäraktion einer ausländischen Regierung, sondern durch die Organisation und Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen. Die Regierung weiß das nur zu gut... Ich sitze hier im Gefängnis und fühle mich geehrt durch den Preis, den Sie mir verliehen haben, und ich werde meine Bemühungen fortsetzen, bis wir Frieden, Toleranz für viele verschiedene Meinungen und die Menschenrechte erreicht haben.“



**INDIEN. VERGEWALTIGT UND VERBRANNT.** In Indien wurde am 11. Mai zum dritten Mal innerhalb einer Woche eine Jugendliche vergewaltigt und angezündet. Eine 16-Jährige wurde im Bundesstaat Madhya Pradesh in Zentralindien missbraucht und bei lebendigem Leib verbrannt, wie die Polizei mitteilte. Der mutmaßliche Täter, ein 26-jähriger Familienvater, wurde festgenommen. Zuvor waren ähnliche Angriffe gegen eine 16-Jährige und eine 17-Jährige im ostindischen Bundesstaat Jharkhand bekannt geworden. Ein Mädchen starb, das andere schwebt noch in Lebensgefahr. Im April hatte es landesweite Proteste gegeben, nachdem die Gruppenvergewaltigung und Ermordung eines achtjährigen muslimischen Mädchens bekannt wurde.

**CHINA. DISKRIMINIERENDE STELLENANSCREIBUNGEN.** Die Regierung und private Unternehmen in China sollen dagegen vorgehen, dass Frauen in Stellenausschreibungen regelmäßig diskriminiert werden, so Human Rights Watch in einem kürzlich veröffentlichten Bericht. Die chinesischen Behörden setzen die entsprechenden gesetzlichen Diskriminierungsverbote auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der Werbung nur selten durch. „In diesem Jahr wurde fast jede fünfte Stelle im chinesischen Staatsdienst ‚ausschließlich für Männer‘ oder ‚bevorzugt für Männer‘ ausgeschrieben, während Firmen wie Alibaba Jobangebote veröffentlichten, die den Bewerbern ‚schöne Mädchen‘ als Arbeitskolleginnen versprochen“, so Sophie Richardson, Direktorin für China bei Human Rights Watch.

**TWITTER. HASS IM NETZ.** Viele Frauen sehen sich auf Twitter massiven Drohungen und sexueller Belästigung ausgesetzt. Der milliardenschwere Internetkonzern hat es bisher versäumt, Frauen wirksam vor Gewalt auf seiner Social-Media-Plattform zu schützen. Dies zeigt eine neue Untersuchung von Amnesty International. Der neue Bericht #Toxic Twitter: Gewalt gegen und Belästigung von Frauen im Internet zeigt, dass der Konzern die Rechte von Frauen auf der Plattform ineffizient und unzureichend schützt und sich weigert, aussagekräftige Informationen darüber preiszugeben, wie er mit Berichten über Online-Gewalt und -Belästigung umgeht.



Die Untersuchung von Amnesty International enthält eine Reihe konkreter Empfehlungen, wie Twitter zu einem sichereren Ort für Frauen werden kann.

**SPANIEN: PROTEST GEGEN URTEIL.** Zehntausende Menschen gingen Ende April im ganzen Land auf die Straße und protestierten gegen das Urteil eines Gerichts in Pamplona. Mehr als 1,2 Millionen Menschen unterzeichneten eine Protestpetition, in der Spaniens Oberstes Gericht aufgefordert wird, die für das Urteil verantwortlichen Richter des Amtes zu entheben. Drei Richter in Pamplona hatten die wegen Vergewaltigung angeklagten Männer aus Sevilla wegen „sexuellen Missbrauchs“ zu Haftstrafen von neun Jahren verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte fast 23 Jahre Haft wegen Vergewaltigung beantragt. Nach Überzeugung der Anklage vergewaltigten die 27 bis 29 Jahre alten Männer im Juli 2016 eine 18-jährige Frau aus Madrid bei den San-Fermín-Feierlichkeiten mit dem berühmten Stiertreiben in Pamplona.

Absender\*in:

---

---

---

---

Ministério da Justiça  
Ministro Torquatto Jardim  
Esplanada dos Ministérios  
Palácio da Justiça, Bloco T, Edifício sede  
70064-900 Brasília-DF  
BRASIL IEN

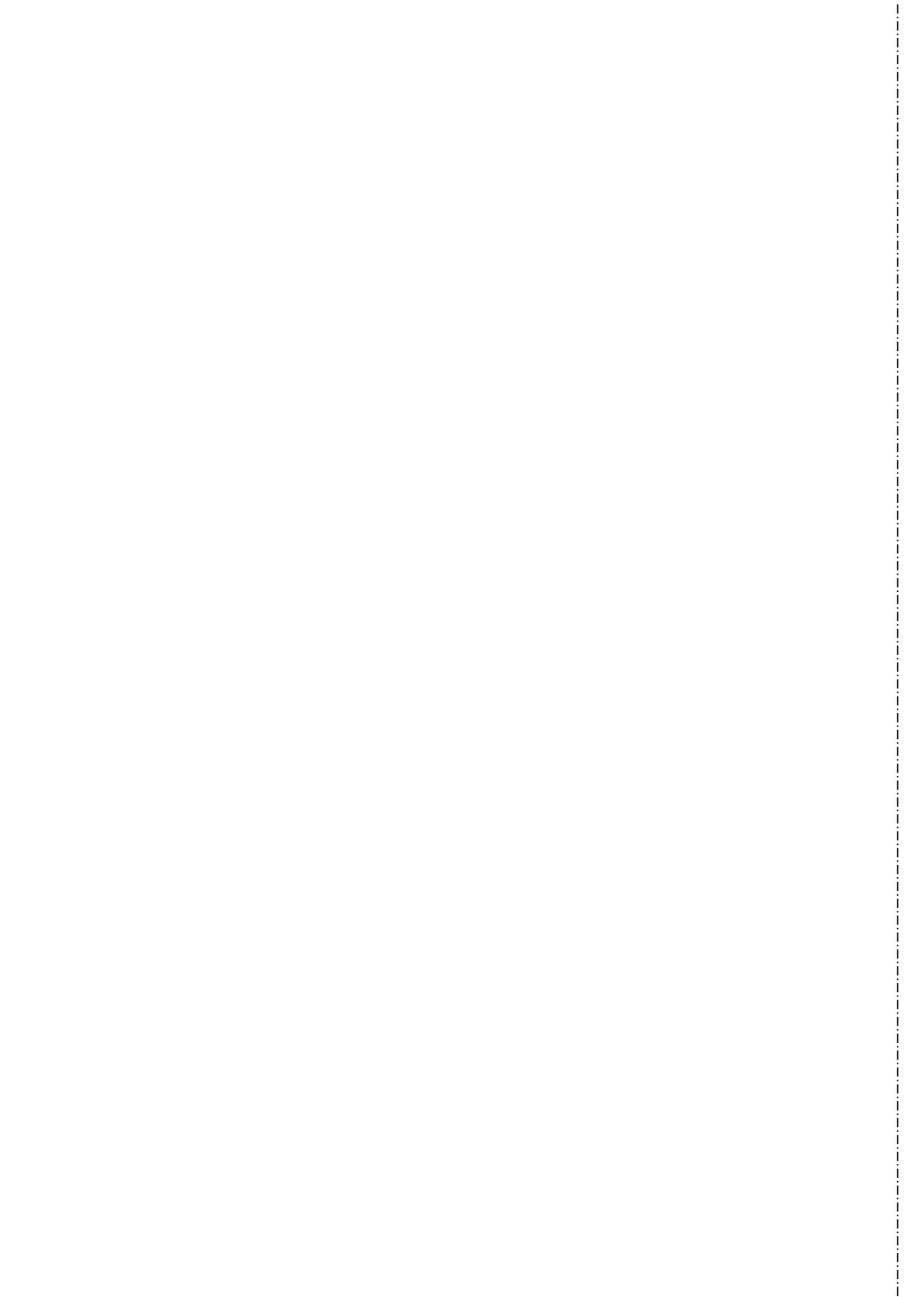
Dear Minister of Justice,

On the night of 14 March, councilwoman and human rights defender Marielle Franco was shot dead in Rio de Janeiro when she was returning from a conference. Marielle was known in Rio de Janeiro for denouncing human rights violations, mainly against young people, women, black people and LGBTI people, and also for her work to expose human rights violations committed by the security forces, including extrajudicial executions. According to publicly available information, it appears that her killing was carried out by a professional with great ability to handle a firearm. More than 10 shots hit the vehicle, right in the area where Marielle was. She received four shots in the head and at least three shots reached the driver, Anderson Pedro Gomes. They both died in the place. An advisor who worked with Marielle was wounded by the fragments of the shots. Also according to media reports, experts have identified that the bullets used in the crime belong to the Brazilian Federal Police. A few days later, the media released images from security cameras from around the neighborhood that indicate that Marielle's car was being followed, which strengthens the hypothesis of a premeditated crime.

Due to the context of recurrent threats and attacks against human rights defenders in Brazil and the frequent impunity of these crimes, I demand:

- A prompt, thorough, independent and impartial investigation into the circumstances that led to the death of Marielle and Anderson, which identifies not only the perpetrators of the shooting, but also the intellectual authors, and that the results of these investigations are made public.
- That all those suspected of criminal responsibility are brought to justice in a fair trial.
- To take all appropriate measures to guarantee effective assistance and protection to the families of the victims, including psychological and legal support.
- Immediate protection for the survivor and other witnesses of the crime in order to prevent any form of harassment, intimidation or threats.

Sincerely,



Absender\*in:

---

---

---

---

Sr. Presidente Mauricio Macri  
Balcarce 50, piso 1  
(C1064AAB)  
Ciudad Autónoma der Buenos Aires  
ARGENTINIEN

Excelentísimo Señor Presidente,

en Argentina las mujeres son víctimas de violencia masiva llegando hasta el femicidio. Frecuentemente el Gobierno no es capaz de proteger de manera eficiente la integridad física de las mujeres así como sus derechos sexuales y reproductivos en todo el país.

El informe de Amnistía Internacional AMR 13/6772/2017 del año 2017 describe la situación de los derechos humanos.

Haciendo referencia a este informe exhorto a su Gobierno a ...

1. implementar el Plan Nacional de Acción 2017-2019 para la Prevención, Asistencia y Erradicación de la Violencia contra las Mujeres (Ley No. 26.485),
2. fortalecer la función del Consejo Nacional de las Mujeres para implementar un enfoque integrado de la violencia contra las mujeres con adecuados recursos humanos, económicos e institucionales,
3. crear un registro detallado acerca de casos de violencia contra las mujeres con el fin de hacer posible una política pública mejor y más eficiente,
4. implementar en todo el país la Ley de Educación Sexual Integral y monitorear su aplicación,
5. iniciar en el Congreso un debate serio e informado acerca de la despenalización del aborto,
6. garantizar servicios de salud integrales y accesibles, sobre todo a) la educación sexual adecuada de personas jóvenes b) servicios e información en el ámbito de salud sexual y reproductiva c) el acceso al aborto legal en casos de emergencia y d) el asesoramiento en casos de enfermedades de transmisión sexual/VIH - tests y tratamientos que respeten la intimidad y confidencialidad de los pacientes.

Agradeciéndole su atención quedo de Usted  
atentamente

Sehr geehrter Herr Präsident,

Frauen sind in Argentinien massiver Gewalt bis hin zum Femizid ausgesetzt. Der Regierung gelingt es oft nicht, sie in Ihrer Unversehrtheit und ihren sexuellen und reproduktiven Rechten landesweit effektiv zu schützen. In dem Amnesty-Bericht AMR 13/6772/2017 von 2017 wird die Menschenrechtssituation beschrieben, darauf beziehe ich mich und ich fordere Ihre Regierung auf, ...

1. den Nationalen Aktionsplan 2017-2019 zur Verhütung, Unterstützung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen umzusetzen (Gesetz Nr. 26.485),
2. die Rolle des Nationalrats der Frauen stärken, um einen integrierten Ansatz gegen Gewalt gegen Frauen mit ausreichenden personellen, finanziellen und institutionellen Ressourcen umzusetzen,
3. ein detailliertes Register über Fälle von Gewalt gegen Frauen aufzubauen, um eine bessere und effektiver gestaltete öffentliche Politik zu ermöglichen,
4. das Gesetz über integrale sexuelle Bildung im ganzen Land und Überwachung seiner Umsetzung in allen Provinzen zu verwirklichen,
5. eine sachkundige Debatte im Kongress über die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch zu initiieren,
6. umfassende und zugängliche Gesundheitsdienste zu gewährleisten, insbesondere
  - a) altersgerechte Aufklärung junger Menschen
  - b) Dienste und Informationen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit,
  - c) Zugang zu legalem Schwangerschaftsabbruch in Notfällen,
  - d) STI/HIV-Beratung, -Tests und -Behandlungen, die die Privatsphäre der Patient\*innen respektieren und Vertraulichkeit sicherstellen.

Hochachtungsvoll

Absender\*in:

---

---

---

---

Héctor Leonel Ayala Alvarenga  
Ministro de Secretaría de Derechos Humanos,  
Justicia, Gobernación y Descentralización  
Edificio de la Hacienda (Principal)  
Res. La Hacienda  
Calle La Estancia Bloque A-Lote 8 Edificio Z y M.  
Tegucigalpa  
HONDURAS

Dear Minister,

I am writing to you deeply concerned about the case of BERTA CÁCERES, a prominent indigenous human rights defender who was fatally shot on 2 March 2016. Berta and the Civic Council of Indigenous and Popular Organizations of Honduras – COPINH, campaigned against the construction of a hydroelectric dam project called Agua Zarca and the impact it would have on the territory of the Lenca People.

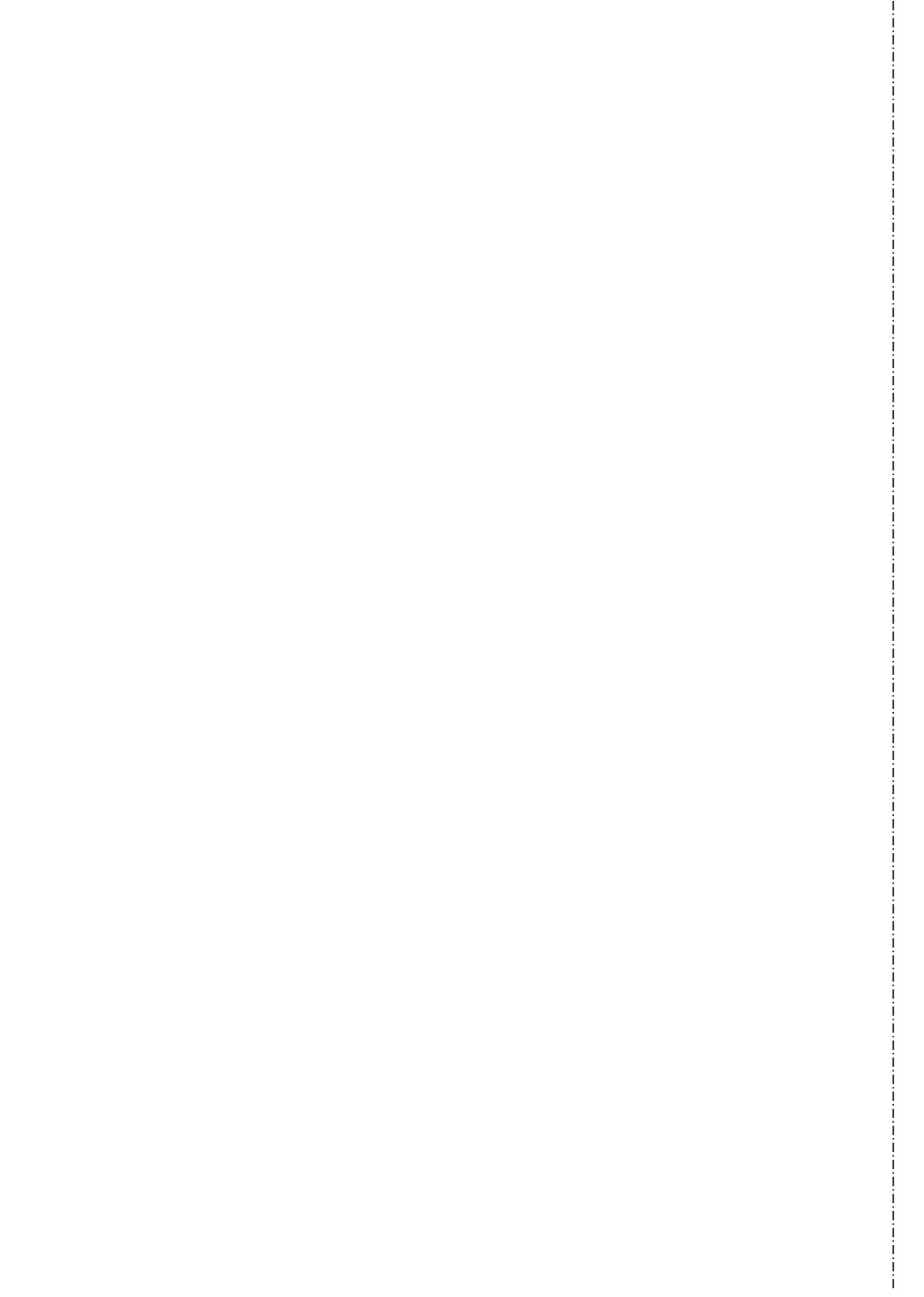
The Attorney General's office has carried out an investigation that resulted in the preventive detention of 8 people. Some of them are linked to Desarrollos Energéticos S.A. (DESA), others are tied to the military. So far, no high-ranking officials in the government or in the company have been investigated. The trial is scheduled to begin in June.

In light of the above I urge you to thoroughly investigate and prosecute all those responsible for Berta Cáceres' murder (both perpetrators and sponsors) and to send a strong message preventing further murders of human rights defenders.

Furthermore, I call on you to take all appropriate measures to guarantee the safety of COPINH members, MILPAH members and Berta Cáceres' relatives in accordance with their wishes and needs, in order to fulfil their obligation to protect them as set by the Inter-American Commission on Human Rights' precautionary measures.

Finally, I call on you to recognize publicly, and at the highest levels of both local and national authorities, the legitimate work done by COPINH, MILPAH and all human rights defenders in Honduras addressing issues related to land, territory and the environment.

Sincerely,



Absender\*in:

---

---

---

---

President of the Republic of KOSOVO  
Hashim Thaçi  
Office of The President  
Mother Theresa street  
10 000 Prishtina  
KOSOVO

Your Excellency,

almost two decades after the war, survivors of the widespread conflict-related rapes in Kosovo are still waiting - for justice, reparation and recognition of what they have suffered. Although now preparations are underway to provide reparation (mainly in form of a monthly compensation payment) this still leaves survivors without the desperately needed remedies they are entitled to under international law. Beyond this only a few of those responsible have been prosecuted, and the lack of political commitment to do so makes it unlikely that many more will be brought to justice.

So I ask your government to ensure that ...

1. cases of rape and other crimes of conflict-related sexual violence are promptly and independently investigated and prosecuted in accordance with international standards,
2. the Special Prosecution Office of the Republic of Kosovo (SPRK) and specialised Kosovo Police War Crimes Investigators have sufficient specialised, trained staff and resources,
3. the Criminal Procedure Code is amended to introduce measures that provide appropriate support and effective protection for witnesses before, during and after proceedings,
4. survivors of rape and other forms of conflict-related sexual violence will get appropriate forms of reparation, especially including the right to access
  - a) free health care, medical and psychological treatment without further delay,
  - b) the full range of sexual and reproductive health and information services, psychological support, HIV counselling, testing and post-exposure prophylaxis,
5. you take a leading role in the campaign to challenge the stigma that has marred the lives of the survivors.

Sincerely,



# ZERSTÖRUNG VON MASSENGRÄBERN

**IRAN. Durch Baumaßnahmen werden forensische Beweise über außergerichtliche Exekutionen von 1988 vernichtet.**

Bis zu 5000 Menschen wurden 1988 in Iran bei außergerichtlichen Hinrichtungen ermordet und in Massengräbern verscharrt. Satellitenbilder und ein neuer Amnesty-Bericht dokumentieren, wie die Gräber inzwischen durch Baumaßnahmen zerstört und forensische Beweise für die begangenen Menschenrechtsverletzungen endgültig vernichtet werden.

Bei Massenhinrichtungen in Iran in den späten 1980er-Jahren wurden tausende politische Gefangene getötet und ihre Überreste landesweit in anonymen Massengräbern verscharrt. Mit Satellitenbildern und dem neuen Bericht „Criminal cover-up: Iran destroying mass graves of victims of 1988 killings“ dokumentiert Amnesty gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation Justice for Iran, wie die Massengräber von 2003 bis 2017 durch den Bau von Mülldeponien, Straßen oder Friedhöfen zerstört und forensische Beweise für die begangenen Menschenrechtsverletzungen endgültig vernichtet wurden. Die Orte, an denen sich die Massengräber befinden, werden von Sicherheitspersonal überwacht, was vermuten lässt, dass der iranische Geheimdienst an der Zerstörung beteiligt ist.



Seit fast 30 Jahren gibt es keine Ermittlungen zu den Massenhinrichtungen von 1988, bei denen etwa 5.000 Menschen ermordet wurden. Die Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

Das Verschwindenlassen von Tausenden Menschen und die nachträgliche Vernichtung von Beweisen für diese Menschenrechtsverletzungen verstoßen gegen das Völkerrecht. Die von Amnesty dokumentierten Zerstörungen der Massengräber verhindern endgültig eine umfassende Untersuchung der Verbrechen und ihre Aufklärung.

Weil die Regierung Beweise vernichtet, müssen die Täter keine Strafverfolgung befürchten.

**Das Satellitenbild zeigt eine vermutete Massengrabstätte auf dem Vadih Rahmat Friedhof in Tabriz vor der Zerstörung.**

© Map data: Google, DigitalGlobe, 2017

## AUSLAUFMODELL TODESSTRAFE?

Ein Amnesty-Bericht vom April 2018 zeigt: Ein Ende der grausamsten Strafe ist in Reichweite.

Der unermüdliche Einsatz gegen die Todesstrafe von Millionen Menschen brachte große Fortschritte. Das zeigt der aktuelle Amnesty-Bericht zur weltweiten Anwendung der Todesstrafe: Die Zahl der verhängten Todesurteile ist 2017 erheblich zurückgegangen – besonders in Staaten südlich der Sahara gibt es positive Entwicklungen.

Aber immer mehr Staaten verhängen für Drogendelikte die Todesstrafe - in Ländern Asiens, Nordafrikas und des mittleren Ostens.

Amnesty schätzt, dass China wieder Tausende hinrichtete. Im Iran fanden 2017 mehr als die Hälfte aller von Amnesty dokumentierten Hinrichtungen statt (mehr als 507). Wie schon in den Vorjahren wurden dort abermals Menschen hingerichtet (mindestens fünf), die zum Tatzeitpunkt minderjährig waren.

Die meisten von Amnesty dokumentierten Todesurteile wurden 2017 in Nigeria gefällt (621), gefolgt von Ägypten (mehr als 402) und Bangladesch (mehr als 273). Damit stieg die Zahl der in Nigeria zum Tode Verurteilten auf 2.285. Nur in den Todestrakten von Sri Lanka (2.717), den USA (2.724) und Pakistan (mindestens 7.000) erwarteten 2017 mehr Menschen ihre Hinrichtung.

# ERFOLGE & GUTE NACHRICHTEN: DANKE FÜR IHREN EINSATZ!

## UKRAINE - AKTIVISTIN NICHT MEHR BEDROHT.



Nach den gewaltsamen Angriffen, die am 8. März den Internationalen Frauentag in der Ukraine gekennzeichnet hatten, droht Vitalina Koval und anderen Frauenrechtler\*innen sowie LGBTI-Aktivist\*innen nun offenbar keine unmittelbare Gewalt mehr. Vitalina Koval hat entsprechende Schutzmaßnahmen für eine weitere öffentliche Protestaktion erhalten, die am 31. März stattfand. Mit der Aktion protestierte sie gegen die Straflosigkeit für rechtsextreme Gruppen in der Ukraine.

Der Internationale Frauentag am 8. März war in der ganzen Ukraine von Gewalt gegen friedliche Demonstrierende gezeichnet. Mitglieder rechtsextremer Gruppen griffen Frauenrechtler\_innen gewalttätig an und drohten ihnen mit weiterer Gewalt. Die zuständigen örtlichen Polizeistellen geben an, die Aktivist\*innen nicht schützen zu können.

## EL SALVADOR – FREILASSUNG NACH 10 JAHREN



Mehr als zehn Jahre musste Teodora del Carmen Vásquez in El Salvador hinter Gittern verbringen, weil sie eine Totgeburt erlitten hatte und deshalb der Ab-

treibung bezichtigt wurde. Amnesty setzte sich jahrelang für sie ein und forderte El Salvador auf, sich gänzlich von seinem gesetzlich verankerten absoluten Abtreibungsverbot zu verabschieden. Am 15. Februar wurde Teodora del Carmen Vásquez auf Anordnung des Obersten Gerichtshofs endlich freigelassen. Laut mehreren Frauenrechtsorganisationen befinden sich jedoch noch mindestens 28 Frauen wegen ähnlicher Vorwürfe in Haft.

## ECUADOR - MENSCHENRECHTLERIN NICHT MEHR IN GEFAHR.



Die Sicherheit von Patricia Gualinga, einer Menschenrechtsverteidigerin, die sich für die Rechte Indigener einsetzt, ist Einschätzungen zufolge nicht mehr unmittelbar bedroht. Seit dem Angriff auf ihr Haus am 5. Jänner gab es keine weiteren Vorfälle oder Drohungen gegen sie. Nach ihren Angaben wurden seither Schutzmaßnahmen für sie eingeleitet.

## NORDKOREA – KEINE VERLEGUNG INS STRAFLAGER.

Seit dem 3. Dezember 2017 ist Koo Jeong-hwa inhaftiert, weil sie illegal aus Nordkorea ausgereist war. Die chinesische Regierung schob sie zurück nach Nordkorea. Dort drohte ihr eine lebenslange Haft in einem Straflager. Ihre Familie berichtet nun, ihr und ihrem vierjährigen Sohn drohe nicht länger die Verlegung in ein Straflager für politische Gefangene. Einzelheiten über die Gründe sind Amnesty International bislang nicht bekannt.

## KAMBODSCHA - VIELE STIMMEN FÜR TEP VANNY



Am 24. April zeigte Amnesty International der kambodschanischen Botschaft in Paris mit einer Aktion: 211.059 Menschen überall auf der Welt fordern von der Regierung in Kambodscha die sofortige Freilassung der Menschenrechtsverteidigerin Tep Vanny.

Durch ihren Aktivismus und ihre Arbeit für die Rechte der tausenden Menschen, die für Bauprojekte aus Phnom Penh vertrieben wurden, ist Tep Vanny zu einem Symbol für den friedlichen Widerstand in Kambodscha geworden. Die kambodschanischen Behörden versuchen, mit ihrer andauernden Inhaftierung ein abschreckendes Signal an andere Aktivist\*innen zu senden.



Eine neue Initiative um Diakonie und Volkshilfe, unterstützt von Amnesty Österreich, hat Anfang Mai eine Kampagne gegen Abschiebungen nach Afghanistan gestartet. Österreich zählt zu jenen Ländern Europas, die die Fluchtgründe aus der Hölle Afghanistan sehr oft ignorieren. Wie Sie sich engagieren können, erfahren Sie auf der Website [sichersein.at](http://sichersein.at)

**Impressum und Verlegerin:** Eigenverlag: Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1150 Wien, Moeringgasse 10. Redaktion: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte, für den Inhalt verantwortlich: Theresia Kandler, Lektorat: Eva-Maria Jenkins-Krumm. Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben. Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International. Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 2, Juni 2018

Österreichische Post AG  
MZ 02Z 031 256M  
Amnesty International Österreich  
Moeringgasse 10  
1150 Wien  
**VORTEILSTARIF**